

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 32/017/2017

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 23.11.2017

Zu Punkt 5: Aktuelle Entwicklungen im Bevölkerungsschutz

Herr Schams berichtet mündlich über die Aufschaltsituation der kreisangehörigen Städte, die Realisierung einer Interimslösung für den Standort der Kreisleitstelle bis zum Neubau, die Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans und die Warnung der Bevölkerung. Die Ausführungen werden als *Anlage 1* zur Niederschrift genommen.

Herr KA Degner spricht das Urteil zur WarnApp NINA an. Die App sei rechtswidrig, da keine Gebühren erhoben werden, was zu einer Wettbewerbsverzerrung führe.

Herr Schams teilt mit, dass dies derzeit auf Landesebene diskutiert werde. Die WarnApp NINA werde nicht verschwinden, ggf. müsse die Leitstelle jedoch alle ähnlichen Produkte, die auf dem Markt sind, bedienen.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.